

BILANZ DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
EIN JAHR ROT-GRÜN: EIN GUTES JAHR FÜR NIEDERSACHSEN



Impressum:

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

E-Mail: SPDLTND@LT.Niedersachsen.de
www.spd-fraktion-niedersachsen.de

V.i.s.d.P.: Lars Wegener

Fotos Titelseite

O.l.: Anette Gilke

O.r.: Ralf Roletschek | Wikipedia

U.l.: Galushko Sergey | shutterstock

U.r.: Poznyakov | shutterstock

Hannover, Februar 2014

BILANZ DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

EIN JAHR ROT-GRÜN: EIN GUTES JAHR FÜR NIEDERSACHSEN

Am 19. Februar 2013 wählten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag Stephan Weil zum neuen Ministerpräsidenten und ebneten damit den Weg für die neue rot-grüne Landesregierung. Anlass genug, nach einem Jahr Regierungsverantwortung eine erste Bilanz vorzulegen.

Ein Jahr rot-grüne Regierungskoalition ist ein gutes Jahr für Niedersachsen. »Erneuerung und Zusammenhalt – Nachhaltige Politik für Niedersachsen«: So lautet der Titel unseres Koalitionsvertrages. Dies ist der Anspruch, dem wir uns verpflichtet fühlen.

In nur einem Jahr haben wir viel erreicht. 49 SPD-Abgeordnete und 20 Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen arbeiteten in nur zwölf Monaten an Konzepten, Anträgen und Gesetzen für ein soziales, nachhaltiges und innovatives Niedersachsen. Die SPD-Landtagsfraktion hat in enger Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner und der Landesregierung mit der Erneuerung Niedersachsens begonnen und den Stillstand beendet. Unsere Bilanz zeigt: Wir haben die Herausforderungen angepackt, die vor unserem Bundesland liegen!

UNSERE FINANZPOLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

Zwischen 2003 und 2013 erhöhten CDU und FDP die Schulden Niedersachsens um 50 Prozent auf 60 Milliarden Euro. Im Koalitionsvertrag formulierten wir das Ziel, die Landesfinanzen auf eine solide Grundlage zu stellen. Am 13.12.2013 beschlossen wir im Landtag den ersten Haushalt mit sozialdemokratischer Prägung seit über zehn Jahren.

Verabschiedung des Haushalts 2014 und eine realistische Mittelfristige Finanzplanung (MiPla)

Wir sind in Niedersachsen zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik zurückgekehrt. Der Haushalt 2014 und die MiPla 2013–2017 stehen exemplarisch für den Politikwechsel in Niedersachsen. Der Haushalt ist verantwortungsvoll und bietet bessere Zukunftsperspektiven für die Menschen in Niedersachsen. Und die MiPla enthält auch für die Folgejahre keine Deckungslücken (sog. Handlungsbedarfe)

und ab 2015 keinerlei Vermögensveräußerungen mehr. Ein Blick in die MiPla zeigt deutlich, dass wir generationengerechte Politik gestalten. Wir halten die Schuldenbremse bis spätestens 2020 ein und bauen Schulden ab. Zusätzlich investieren wir in unsere Infrastruktur und Liegenschaften und sichern so den Substanzerhalt des Landeseigentums.

Sanierung von Infrastruktur und Landesliegenschaften

Wir haben zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung den Zustand unserer Landesstraßen und der Landesliegenschaften zu Recht kritisiert. Auch der Rechnungshof warf der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung jahrelang vor, sie lasse Landesvermögen verrotten. Deshalb beschlossen wir im Dezember 2013 das Gesetz über die Errichtung eines »Sondervermögens zum Abbau des Investitionsstaus durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen«. Aufgrund unserer Initiative investiert das Land Niedersachsen von 2014 bis zum Ende der Wahlperiode insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich in die Infrastruktur wie Landesstraßen und die energetische Sanierung von Landesliegenschaften. Wir arbeiten jetzt den Investitionsstau ab! Auch das gehört zur Generationengerechtigkeit!

40 Millionen Hilfspaket für Hochwassergeschädigte

Im Frühjahr 2013 bedrohte das Hochwasser große Teile Niedersachsens. Der Landtag hat sofort reagiert und eine Soforthilfe aus Landesmitteln für die vom Hochwasser betroffenen Menschen freigegeben. Insgesamt wurden 40 Mio. Euro bereitgestellt, davon 20 Mio. aus Landesmitteln und 20 Mio. aus Bundesmitteln.

Übernahme des Tarifabschlusses 2013

Der Niedersächsische Landtag beschloss Ende Mai 2013 die Übernahme der ersten Stufe der Tarifeinigung 2013 auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Die Einkommen für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wurden rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent erhöht. Von einem Stufenmodell wie in anderen Bundesländern haben wir abgesehen und deshalb sogar die zweite Stufe des Tarifabschlusses in Höhe von 2,95 Prozent zeitversetzt zum 1. Juni 2014 vollständig übertragen.

100 neue Stellen für Steuerfahndung und Betriebsprüfung

Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung des Gemeinwesens bilden die Grundvoraussetzungen für ein funktionierendes Staatswesen und einen hand-

lungsfähigen Staat. Wir benötigen die Einnahmen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Wir nehmen nicht länger hin, dass der ehrliche Steuerzahler der Dumme ist. Im August 2013 entschieden wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag im Landtag, der unsere Landesregierung dabei unterstützt, Steueraufkommen durch gerechten Steuervollzug zu sichern und Maßnahmen gegen Steuerbetrug zu verstärken. Deshalb wird Niedersachsen bis 2017 über die erforderliche Bestandserhaltung hinaus rund 100 zusätzliche Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter pro Jahr einstellen.

ZUKUNFTSOFFENSIVE BILDUNG

Bildungspolitik ist für die Sozialdemokratie von zentraler Bedeutung. Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Bildungspolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik und somit Gesellschaftspolitik! Wir haben zugesagt, der Bildungspolitik wieder diesen Stellenwert zurückzugeben. Schwarz-Gelb hinterließ uns eine bildungspolitische Groß-Baustelle hinterlassen, so dass es einer Erhöhung und Umsteuerung der Ressourcen im Kultusbereich bedarf.

Die alte Landesregierung hatte Ausgaben im Gesamtvolumen von 290 Mio. Euro nicht ausfinanziert (wie z. B. bei der Inklusion oder den rechtswidrigen Honorarverträgen in den Ganztagschulen). Wir stellen das Ganze jetzt endlich auf solide finanzielle Füße. Alles ist gegenfinanziert. Aber wir brauchen auch Spielraum zur Gestaltung! Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken, die Ganztagschulen ausbauen und für weitere Qualitätsverbesserungen sorgen! Unsere Antwort auf die Gestaltung einer besseren und zukunftsorientierten Bildungspolitik ist die »Zukunftsoffensive Bildung«.

Die Landesregierung verstärkt den Kultusetat sogar mit zusätzlichen 105 Mio. Euro jährlich bis 2017. Das ist angesichts der zu erwartenden Finanzlage ein großer Kraftakt, den wir aber für unsere Kinder schultern!

Frühkindliche Bildung

In den kommenden Jahren schafft Niedersachsen 5.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung (MiPla) von 2014 bis 2017 sind dies fast 80 Mio. Euro für Investitionen und laufende Betriebskosten. Für die Eltern heißt das: Mehr verlässliche Betreuung und mehr Investitionen in frühkindliche Bildung. Wir reden nicht nur über Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern wir handeln und setzen um.

Ausbau von Ganztagschulen

Rot-Grün hat in Niedersachsen begonnen, das Bildungssystem zu verbessern. Bereits vor der Wahl drängte die SPD-Landtagsfraktion immer wieder darauf, die Ganztagschulen in Niedersachsen auszubauen.

Es gibt zur Zeit rund 1.600 Ganztagschulen, aber nur 400 sind voll ausgestattet. Die anderen 1.200 Ganztagschulen werden oft auch als »Ganztagschulen light« bezeichnet. Das ändern wir mit der Zukunftsoffensive Bildung. Bis zum Jahr 2017 werden ca. 260 Mio. Euro zusätzlich in den Ausbau von Ganztagschulen investiert. Wir statten damit die Schulen endlich vernünftig aus und geben Ressourcen von mehr als 2.300 Lehrerstellen in die Ganztagschulen. Dadurch können Kinder individueller gefördert werden, die Verzahnung zwischen Unterricht und Ganztagsangebot wird besser und das Angebot insgesamt breiter.

Verbesserung der Qualität an Schulen

Für die Qualitätsverbesserungen stellen wir zusätzlich 82,8 Mio. Euro im MiPla-Zeitraum zur Verfügung.

- Wir investieren 14,5 Mio. Euro in die Lehrerfort- und -weiterbildung. Das ist u.a. wichtig für die inklusive Schule.
- Wir stärken die betriebliche Ausbildung und sorgen dafür, dass die Handwerkskammern auch nach dem Wegfall der EU-Förderung in gut ausgestatteten Werkstätten ihren Beitrag zur dualen Ausbildung leisten können – mit zusätzlichen 11 Mio. Euro.
- Wir schichten im Haushalt um und investieren in Bildungsregionen und den islamischen Religionsunterricht.
- Wir stocken die Mittel für Inklusion um 20 Millionen Euro auf und schaffen damit ca. 130 neue Stellen.
- Wir erhöhen die Zahl der Schulpsychologen, schaffen mehr Stellen für die Schulentwicklungsberatung und bauen die Schulinspektion aus.

Kleinere Gesamtschulen sind jetzt möglich

Im Sommer 2013 beschlossen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes, wonach die Gründung kleiner Gesamtschulen in Niedersachsen künftig erleichtert wird: Die bisherige Vorgabe der Fünzügigkeit wurde auf eine Vierzügigkeit abgesenkt, in Ausnahmefällen können auch dreizügige Gesamtschulen genehmigt werden. Damit machen wir Schluss mit der Benachteiligung des ländlichen Raumes.

Integrierte Gesamtschulen kehren zurück zum Abitur nach 13 Jahren

Außerdem wurde das Schulgesetz dahin gehend verändert, dass an den Integrierten Gesamtschulen und den jahrgangsgegliederten Kooperativen Gesamtschulen nun weiterhin das Abitur nach neun Jahren möglich ist. Derzeit stellen wir uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner der Diskussion, wie wir Gymnasien gemeinsam stärken können.

Darüber hinaus wurden mit Beginn des Schuljahres die Klassen verkleinert. Die Finanzierung, die teilweise durch die Vorgängerregierung nicht eingestellt worden war, wurde gesichert.

WISSENSCHAFT, HOCHSCHULE UND KULTUR

Wir haben die Studiengebühren zum Wintersemester 2014/2015 abgeschafft

Ein Studium ist in Zukunft nicht mehr abhängig vom Geldbeutel der Eltern! Den Hochschulen erhalten eine vollständige Kompensation der Einnahmen der Studiengebühren. Die Mittel müssen vollständig zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden. Die Studierenden werden an der Entscheidung über die Verwendung der Mittel beteiligt. In diesem Rahmen wurden auch die Ausnahmefälle für die Zahlung von Langzeitstudiengebühren erweitert. Künftig sind Pflegende von Angehörigen, Alleinerziehende mit Kind oder andere Personengruppen von diesen Gebühren länger befreit als zuvor.

Hochschulentwicklungsvertrag schafft Planungssicherheit

Die rot-grünen Fraktionen bestärkten die Landesregierung darin, den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit bis 2018 zu geben. Dafür haben sich die Hochschulen im Hochschulentwicklungsvertrag zu folgenden Punkten verpflichtet:

- Stärkere soziale Öffnung und mehr Geschlechtergerechtigkeit
- Verbesserung der Qualität des Studiums
- Etablierung von Wissenschaft und Forschung für nachhaltige Entwicklung
- Internationalisierung
- Unterstützung Ihrer Absolventen beim Übergang in den Beruf
- Transparenz in der Forschung

Kulturpaket geschnürt

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellten den Landschaften zusätzlich 300.000 Euro zur Verfügung und sorgen damit für Kulturarbeit im ländlichen Raum. Außerdem stärkte Rot-Grün auch die Dachverbände der Soziokultur bis hin zum Denkmalschutz.

GUTE ARBEIT FÜR NIEDERSACHSEN

Unser Leitbild heißt »Gute Arbeit«

Nicht erst seit der gewonnenen Landtagswahl orientieren wir uns am Leitbild der »Guten Arbeit«. Wir setzen uns massiv für faire Löhne, einen gesetzlichen Mindestlohn, die Regulierung von Leiharbeit und die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen ein.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im Landtag brachten wir den Antrag »Den Niedriglohnsektor zurückdrängen – Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen« ein. Wir haben in der Öffentlichkeit in unserer Forderung nicht nachgelassen, den politischen Druck an der Seite der Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände aufrechtzuerhalten und so den in Berlin zu verhandelnden Mindestlohn mit vorangetrieben.

Wir haben den Missbrauch von Werkverträgen sehr intensiv thematisiert und für eine Bundesratsinitiative gesorgt, die es ohne das Engagement der niedersächsischen Sozialdemokratie und der SPD-Fraktion im Landtag in dieser Form nicht gegeben hätte. Wir haben uns in den ersten zwölf Monaten dieser Legislaturperiode vehement dafür eingesetzt, dass das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geändert wird, es eine Meldepflicht für Werkvertragsbeschäftigte und eine Festlegung von sozialen Mindeststandards für Wohnräume und deren Kontrolle gibt.

Novellierung des Landesvergabegesetzes

Wir haben uns unserer Verantwortung gestellt und sind mit gutem Beispiel vorgegangen. Am 30.10.2013 beschloss der Niedersächsische Landtag ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG), das zum 01.01.2014 in Kraft trat. Das Gesetz gilt bei allen öffentlichen Aufträgen ab einer Höhe von 10.000 Euro. Neben der Tariftreue wird mit dem Gesetz ein vergaberechtlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Erstmals wird der ÖPNV mit in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen.

Wir setzen neben der Durchsetzung unseres Leitbildes von »guter und fair bezahlter Arbeit« außerdem auf soziale und ökologische Standards. Damit Kommunen gut informiert die Standards einhalten können, steht ihnen eine Beratungsstelle zur Verfügung.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die duale Ausbildung liegt uns ganz besonders am Herzen. Sie stellt einen sehr qualifizierten Übergang von der Schule in den Beruf dar und ist für uns unverzichtbar. Neben der Besonderheit der dualen Berufsausbildung, die maßgeblich zu einem erfolgreichen Übergang von der Ausbildung in einen Beruf beiträgt, zeigen gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit Erfolge.

Niedersachsen hat im europäischen Vergleich eine niedrige Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen unter 25 Jahren. Dennoch besteht nach wie vor Handlungsbedarf: Nach Angaben der Arbeitsagentur und Kammern suchten zum Abschluss des Ausbildungsjahres Ende September 2013 immer noch 12.600 Jugendliche in Niedersachsen einen Ausbildungsplatz.

Die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Teilen Europas nimmt dramatische Ausmaße an. Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keine Arbeit und keinen Ausbildungsplatz. In manchen Regionen Spaniens und Griechenlands sind sogar über 70 Prozent der jungen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Europa eine höhere Priorität als bisher eingeräumt wird.

UNSERE NEUE TOURISMUSPOLITIK

Der Tourismus ist für Niedersachsen ein Wirtschaftsfaktor mit großer Bedeutung. Er gehört zu den größten Wirtschaftszweigen in unserem Land. Ende Oktober beschlossen im Landtag SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag, der die Erarbeitung eines Landestourismuskonzeptes zum Ziel hat.

Tourismuskonzept bedeutet neben Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltbewusstsein auch die soziale Verantwortung und das Miteinander der öffentlichen und privaten Leistungsträger. Durch den Wegfall eines großen Teils der EU-Fördermittel für den Tourismus, wird es in den kommenden Jahren besonders darauf ankommen, die verbleibenden Mittel gezielter und effektiver einzusetzen. Einen ersten Schritt hin zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Politik und

Tourismuswirtschaft unternahm die Landesregierung mit der Überführung der TMN (Tourismusmarketing Niedersachsen) in eine hundertprozentige Landesgesellschaft zum 1. Januar 2014.

Als landespolitisches Instrument kann sich die TMN jetzt noch stärker an den Wünschen und Bedürfnissen innerhalb der Tourismusbranche orientieren und in Bereichen Innovation und/oder Qualitätsmanagement ein wichtiger Ratgeber werden.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR STÄRKEN

Neben den Investitionen in Landstraßen und unserem Engagement gegenüber dem Bund zugunsten leistungsfähiger Schienenstrecken, Wasser- und Bundesstraßen, haben wir begonnen, die Möglichkeiten hier in Niedersachsen optimal zu nutzen.

Reaktivierung von Bahnstrecken

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich das Ziel gesetzt, den Schienenpersonennahverkehr zu verbessern und stillgelegte Bahnstrecken bzw. Bahnhaltepunkte zu reaktivieren. Das Projekt »Reaktivierung von Bahnstrecken und Bahnhaltepunkten« wird in einem transparenten Verfahren und unter Einbindung von Vertretern aller Landtagsfraktionen, der Verwaltung, der Verkehrswirtschaft sowie der Umwelt- und Fahrgastverbände durchgeführt. Im Spätherbst 2014 wird schließlich die endgültige Entscheidung für sechs bis acht reaktivierte Bahnstrecken gefällt.

Öffentlicher Personennahverkehr

Im Dezember 2013 beschlossen die Koalitionsfraktionen den Antrag »Damit Niedersachsen am Zug bleibt – Zukunft der Regionalisierungsmittel sichern!«. Mit dem Antrag haben wir die von der alten Landesregierung vorgenommene Zweckentfremdung der Mittel beendet. Die Regionalisierungsmittel werden jetzt wieder für den ÖPNV genutzt.

Mit dem NdsGVFG (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)« wurde ein Gesetz in den Landtag eingebracht, durch das Kommunen und Verkehrsunternehmen über das Jahr 2013 hinaus verlässliche Förderkriterien für die Finanzierung von Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs und des kommunalen Straßenbaus erhalten.

SOZIALES UND GERECHTES NIEDERSACHSEN

Bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen arbeiten mit persönlich Betroffenen als Experten in eigener Sache nach dem Motto der UN-Behindertenrechtskonvention »Nichts über uns ohne uns« eng zusammen.

Die Fraktionen haben die Leistungen für Blinde in Niedersachsen verbessert und damit einen schweren Fehler der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung korrigiert. Zum einen wird das Landesblindengeld für alle, die 25 Jahre oder älter sind, vom 1. April 2014 von heute 265 auf 300 Euro erhöht, zum anderen erhalten Taubblinde zukünftig 2.500 Euro pro Jahr aus dem Blindenfonds. Außerdem wollen die Koalitionsfraktionen den Landtag zum Vorbild für ein inklusives Niedersachsen weiterentwickeln, indem u. a. durch eine inklusive Informationspolitik und einen inklusiven Umbau die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen deutlich erhöht werden.

Förderung von Gesundheitsregionen

Zeitnah und wohnortnah – so lautet die Herausforderung der Gesundheitsversorgung im Flächenland Niedersachsen. Deswegen wollen wir stärker als bisher eine neue und vor allem nachhaltige Politik der Gesundheitsversorgung. Zahlreiche Krankenhäuser im Land, vor allem kleine Häuser, arbeiten unter schwierigsten Bedingungen am Rande der Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicher zu stellen. Umso wichtiger ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben und das Leben im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen entwickelt die Landesregierung die Gesundheitsregionen Niedersachsens weiter und fördert mit insgesamt 600.000 Euro Landesmittel deren flächendeckenden Ausbau im Sinne einer sektorenübergreifenden Versorgung. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden u. a. durch die AOK, einigen Ersatzkassen und der KVN aufgestockt.

Investitionen in Niedersachsens Krankenhäuser

Mit Unterstützung unserer Fraktionen stellt die Landesregierung insgesamt 360 Mio. Euro für Investitionen in Krankenhäuser in den nächsten drei Jahren zur Verfügung. Darüber hinaus werden sogenannte Regionalgespräche mit den verantwortlichen Gesundheitsakteuren vor Ort geführt, um die Gesundheitsversorgung

regional zu verbessern. Dafür haben die Regierungsfractionen nochmals vier Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt 2014 eingestellt. Die Schwerpunkte liegen hierbei auf Kooperationen, Fusionen und Umstrukturierungen.

Pflege und Senioren

Für die Förderung von alternativen modellhaften Wohnformen im Alter stellte die Regierungskoalition erstmals eine Million Euro im Haushalt bereitgestellt. Die Landesregierung arbeitet darüber hinaus an der Novellierung des Niedersächsischen Heimgesetzes, um die Bildung innovativer, selbstbestimmter Wohnformen wie Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte rechtlich abzusichern.

Die Koalitionsfraktionen haben die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit und eine solidarische Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung beschlossen, um u. a. die Wertschätzung und die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen.

Für die Einrichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen hat die rot-grüne Parlamentsmehrheit Haushaltsmittel bereitgestellt. Die Landesregierung erarbeitet momentan einen Gesetzentwurf zur entsprechenden Ergänzung des Heilberufegesetzes.

Rot-Grün verdoppelte die Mittel für die Seniorenservicebüros und schafft unübersichtliche Doppelstrukturen im Sinne der Betroffenen ab, indem z. B. die Seniorenservicebüros mit den Pflegestützpunkten zusammengeführt werden.

Die Landesregierung wird von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Vorhaben unterstützt, eine Fachkommission Pflege einzurichten, die gemeinsam mit Verbänden und Trägern landespolitische Initiativen zur Sicherung einer guten und wertvollen Pflege vorbereitet.

Neuausrichtung der Suchtprävention

Die Regierungsfractionen reformieren die Suchtprävention im Rahmen der Neuausrichtung der Drogen- und Suchtpolitik des Landes Niedersachsen und reagieren damit auf die neuen Entwicklungen des Suchtverhaltens Jugendlicher. Es geht z. B. um die Stärkung der Aufklärungsarbeit zu den Gesundheitsgefahren psychotroper Substanzen oder die Prävention von exzessiver Mediennutzung bis hin zur Abhängigkeit.

Weitere Schritte zu einem sozialen und gerechten Niedersachsen

- Die Landesregierung erarbeitete auf Initiative der Fraktionen einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Vorschriften über die Förderung der Freien Wohlfahrtspflege, der die Arbeit der Verbände absichern und ihnen Planungssicherheit geben soll.
- Zur Stärkung der Präventionsarbeit der Vereine und Verbände der AIDS-Hilfe in Niedersachsen hat die Koalition die Haushaltsmittel um 150.000 Euro aufgestockt.
- Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die wichtige Arbeit für und mit von Armut betroffenen Menschen leistet.
- Außerdem erhalten die Erwerbsloseninitiativen wieder eine Förderung vom Land in Höhe von 600.000 Euro.
- Auf Initiative der Koalitionsfraktionen wird der Landesjugendhilfeausschuss wieder gesetzlich verankert. Damit erhalten die Akteure der Jugendpolitik ihre Beteiligungs- und Entscheidungsrechte zurück.
- Die Landesregierung unterstützt das Bundesprogramm für ungewollt kinderlose Paare und stellt dafür erstmals 3,4 Millionen Euro in den Haushalt ein.
- Die Regierungsfaktionen haben die Mittel für die drei Mädchenhäuser in Niedersachsen um insgesamt 45.000 Euro erhöht und damit die Reduzierung der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung korrigiert.
- Im Landeshaushalt berücksichtigten die Fraktionen die Belange von Lesben, Schwulen, bisexuellen Menschen, Transsexuellen und Transgender sowie intersexuellen Menschen (LSBTTI) und erhöhten in Zusammenarbeit mit der Landesregierung die Förderung auf insgesamt 270.000 Euro. Neu gefördert werden die Selbsthilfestrukturen für Lesben und bisexuelle Frauen sowie Beratungsangebote für trans- und intersexuelle Menschen.
- Rot-Grün unterstützt die Landesregierung bei der Sicherung der Wohnraumförderung und entwickelt das Wohnraumförderprogramm weiter. Dabei geht es u. a. um die Konzentration auf bezahlbaren, altersgerechten und barrierefreien Wohnraum.

UNSERE NEUE WILLKOMMENSKULTUR

Die SPD-Fraktion rückt den selbstverständlichen Anspruch auf volle Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, und wirtschaftlichen Leben in den Mittelpunkt ihrer neuen Willkommenskultur.

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir die »Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe« im Sinne einer umfassenden Mitbestimmung und Mitgestaltung der Migrantinnen und Migranten eingerichtet.

Teilhabe stärken

Im Rahmen einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Zugewanderte fördern wir erstmalig die Professionalisierung der Migrantenselbstorganisationen und den Aufbau eines Trauma- und Kriseninterventionszentrums für traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer.

Damit Migrantinnen und Migranten eine angemessene soziale Beratung und Betreuung erhalten, wird darüber hinaus die Flüchtlingssozialarbeit in der Fläche im Rahmen der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen um zehn weitere Stellen ausgebaut.

Paradigmenwechsel wurde vollzogen

Der Paradigmenwechsel in der Flüchtlings- und Asylpolitik ist nur mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen möglich gewesen. Deshalb sind wir sehr froh, dass die Landesregierung die bisherigen »Leitstellen für Integration« in »Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe« weiterentwickelt hat, um flächendeckend ein lokales Migrations- und Teilhabemanagement zu etablieren. Gleiches gilt für die Änderung der Abschiebep Praxis und die Reform der Härtefallkommission, mit der endlich mehr Menschlichkeit bewiesen wird.

Rot-Grün in Niedersachsen setzt sich für eine weitere Aufnahme von syrischen Flüchtlingen ein. Die Lage in Syrien ist dramatisch und spitzt sich immer weiter zu. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf. Die bereits beschlossene Aufnahmeaktion von 5.000 besonders schutzbedürftigen syrischen Flüchtlingen ist ein richtiger, jedoch kein ausreichender Schritt. Insbesondere im Bereich des »erweiterten Familiennachzugs« machen wir uns für eine bessere Lösung stark.

KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Sowohl im August als auch im November 2013 versuchten Rechtsradikale und Neonazis, den Kurort Bad Nenndorf als Aufmarschplatz zu missbrauchen. Rot-Grün rief alle Bürgerinnen und Bürger auf, am Protest gegen den Nazi-Aufmarsch in Bad

Nenndorf zu beteiligen. Viele Abgeordnete der Regierungsfractionen nahmen an den Protesten teil und standen solidarisch an der Seite der Bürgerinnen und Bürgern des Landes gegen Nazis.

NPD Verbotsantrag

Rot-Grün setzt sich für ein Verbot der NPD ein. Wir sehen in einem solchen Verbotsantrag einen zentralen Schritt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Er bildet ein starkes und nötiges Symbol für Menschenrechte und Demokratie in Deutschland. Ziel ist es, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich mehrerer Teilorganisationen (Junge Nationaldemokraten, Ring nationaler Frauen, Kommunalpolitische Vereinigung) für verfassungswidrig erklärt werden. Ungeachtet des angestrebten Verbots gilt es für alle Demokratinnen und Demokraten, sich Rechtsextremismus, Fremdenhass und Rassismus entgegenzustellen. Für Aufklärungsarbeit z.B. in Schulen und Betrieben zu der Frage, wie Rechtsextreme heute arbeiten und wie ihrem Hass wirksam entgegengetreten werden kann, hat Rot-Grün die Finanzierung der Landesprogramme mit 300.000 EUR sichergestellt.

INNERE SICHERHEIT IN NIEDERSACHSEN

Neustart Verfassungsschutz

Das Versagen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene bei den Ermittlungen gegen die rechtsextremistische Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hat das Vertrauen in den Rechtsstaat empfindlich gestört. Vor diesem Hintergrund vereinbarte die Regierungskoalition die aus der Aufarbeitung des NSU-Komplexes gewonnene Rückschlüsse auch für eine Reform des niedersächsischen Verfassungsschutzes zu nutzen.

Deswegen begrüßt die SPD-Landtagsfraktion eine von Innenminister Boris Pistorius einberufene Kommission mit dem Auftrag, konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten, um eine Reform des Verfassungsschutzes zu gestalten.

Polizei

Niedersachsens Polizei wird von engagierten Polizistinnen und Polizisten getragen. Deshalb hat Rot-Grün in Niedersachsen 750 Stellen in der Besoldung angehoben und dadurch insgesamt zusätzliche 1.500 Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Zum anderen wurden im Aufstellungsverfahren für den Haushalt 2014 über 100 neue Stellen für Anwärterinnen und Anwärter eingerichtet.

Außerdem erfüllte die rot-grüne Koalition ihr Versprechen, indem sie die Restriktionen des so genannten A 11-Erlasses durch die Veränderung der Stellenstruktur beseitigte und eine gerechte Personalwirtschaft in der Polizei ermöglichte. Hierdurch wurde verlorengegangenes Vertrauen bei der Polizei wiederhergestellt.

Feuerwehruzulage

Die Feuerwehruzulage wird auf 66,87 Euro und nach zwei Dienstjahren auf 133,75 Euro angehoben. Die Feuerwehruzulage sollen künftig auch die in der Akademie für Brand- und Katastrophenschutz beschäftigten Feuerwehrbeamten erhalten. Mit den ebenfalls beschlossenen Stellenhebungen für die Akademie wird der Feuerwehrdienst deutlich attraktiver. Damit fördern wir insbesondere die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen, die maßgeblich zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

POLITIK FÜR NIEDERSACHSENS KOMMUNEN

Der SPD-Fraktion war die Stärkung der kommunalen Demokratie und der kommunalen Legitimation ein Herzensanliegen, denn die kommunale Selbstverwaltung ist ein wichtiger Grundpfeiler, auf dem unsere Demokratie aufbaut.

Wiedereinführung der Stichwahlen

Mit der Wiedereinführung der Stichwahlen bei den Wahlen von Landräten und Bürgermeistern stärken wir die direkten Entscheidungsmöglichkeiten und sorgen für mehr Aufmerksamkeit und demokratischen Wettstreit bei den Wahlen vor Ort. Diesen Fehler der Vorgängerregierung haben wir unverzüglich korrigiert. Der Gesetzentwurf wurde von den Kommunalen Spitzenverbänden einhellig begrüßt.

Synchronisierung von Amtszeiten

Mit dem Gesetz zur Änderung kommunalverfassungs-, kommunalwahl- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften setzen wir die Ankündigung um, die längeren Amtszeiten der Hauptverwaltungsbeamten mit der Wahlperiode der Abgeordneten der Vertretungen zu synchronisieren.

Die Reduzierung der bislang auch im Vergleich zu den übrigen Bundesländern langen Amtszeit der Landräte und Bürgermeister von acht auf fünf Jahre trägt dem

demokratischen Prinzip der Kontrolle durch die Wählerinnen und Wähler nach angemessener Zeit Rechnung. Durch die Zusammenlegung der Wahlen werden auch die Kosten für die sonst anfallenden zusätzlichen Wahlgänge vermieden. Außerdem werten einheitliche Wahltermine die Kommunalwahlen in Niedersachsen auf. Sie erhalten dadurch in der Öffentlichkeit wieder eine größere Bedeutung und Aufmerksamkeit, weil neben der Zusammensetzung der Kommunalvertretung gleichzeitig auch entschieden wird, welche Persönlichkeit zukünftig an der Spitze der Kommune stehen soll.

Anhebung des Wählbarkeitsalters

Die Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes umfasst außerdem die erforderlichen Regelungen zur Anhebung des Wählbarkeitsalters der Hauptverwaltungsbeamten. Das höchstzulässige Wählbarkeitsalter der Bürgermeister und Landräte wird um zwei Jahre angehoben. Gewählt werden kann also künftig, wer zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht 67 Jahre alt ist. Diese Anhebung war wegen der beamtenrechtlichen Altersgrenze, aber auch wegen der allgemeinen demografischen Entwicklung geboten.

REGIONALPOLITIK

Niedersachsens Regionen entwickeln sich sehr unterschiedlich. Die demografischen und ökonomischen Rahmendaten zwischen dem Westen und der Mitte des Landes sowie weiten Teilen im Norden, Osten und Süden weichen erheblich voneinander ab. Die regionalen Unterschiede nehmen zu. Gleichzeitig sind EU-Fördergelder häufig ungesteuert und vordringlich in die Landesteile geflossen, die vergleichsweise wirtschaftsstark sind. Die eigentliche Zielsetzung der EU-Kohäsionspolitik wurde so durch die ehemalige Landesregierung konterkariert.

Aus diesen Gründen haben wir uns für eine neue Regionalpolitik entschieden. Wir wollen, dass zukünftig alle Teilräume des Landes gleichwertige Chancen einer eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden gezielt Entwicklungsimpulse in der Fläche ausgelöst und ein ressortübergreifendes Regionalmanagement aufgebaut. Dabei definieren wir stärker als bisher die inhaltlichen Schwerpunkte und unterstützen regionale Kooperationen. Hinzu kommt, dass auch die neue EU-Förderperiode neue Anforderungen an die Koordinierung stellt.

Seit dem 1. Januar 2014 arbeiten vier Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung in den neuen Ämtern für regionale Landesentwicklung an den Standorten Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg. In den Ämtern für regionale Landesentwicklung werden die Aufgaben der Regierungsvertretungen sowie des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) zusammengeführt. Insbesondere die Aufgaben der Regionalplanung, der Raumordnung, der Stadt- und der Landentwicklung sowie der Wirtschaftsförderung, bündeln wir mit dieser Maßnahme. Damit schaffen wir handlungsfähige Verwaltungseinheiten in der Fläche.

FÜR EIN EUROPÄISCHES NIEDERSACHSEN

Am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Viele Themen europäischer Politik sind auch für unser Bundesland von enormer Bedeutung.

Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

Im Interesse von Niedersachsen unterstützt die SPD-Landtagsfraktion ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Unsere Kernforderungen sind der Erhalt von Standards, damit den Bürgerinnen und Bürgern oder der niedersächsischen Wirtschaft kein Schaden zugefügt werden. Das betrifft sowohl Sozialstandards, Verbraucherschutz sowie den Rechtsschutz.

EU-Hafendienstregelung

Die EU-Kommission plant aktuell eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für den Zugang zum Markt für Hafendienste sowie für die finanzielle Transparenz der Häfen. Ziel des Verordnungsvorschlages ist es, einen Beitrag zu einem effizienteren, besser vernetzten und nachhaltigeren Funktionieren des transeuropäischen Verkehrsnetzes zu leisten. Die Verordnung würde erhebliche Auswirkungen auf die Häfen und Hafenbehörden in Deutschland haben und damit auch Nachteile für Niedersachsens Häfen nach sich ziehen. Durch die Liberalisierung der Hafenarbeit sind Verdrängungseffekte zu erwarten, die die Arbeitsbedingungen in den Häfen gefährden und Arbeitsplätze bedrohen. Deshalb setzen wir uns in den Parlamentsberatungen für sinnvolle Regelungen im Interesse des Landes ein.

Für eine aktive Industriepolitik in Niedersachsen und Europa

Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten haben wir die Finanzmarktkrise deshalb so gut überstanden haben, weil wir – auch im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – eine funktionierende und erfolgreiche Industrie bei uns vorweisen können. Deshalb brauchen wir eine aktive Industriepolitik. Und deshalb streiten wir dafür, dass stromintensive Unternehmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze sowie geschlossene Wertschöpfungsketten in Deutschland und der EU erhalten bleiben.

Am 18. Dezember 2013 hat die EU-Kommission ein Hauptprüfverfahren hinsichtlich beihilferechtlicher Regelungen zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz eingeleitet. Das Verfahren bezieht sich auf die teilweise Befreiung stromintensiver Unternehmen.

Damit sind viele wichtige industrielle Arbeitsplätze in Niedersachsen in Gefahr. Die SPD-Landtagsfraktion steht sowohl mit Vertretern der energieintensiven Industrie Niedersachsens als auch mit Betriebsräten und Gewerkschaften in regelmäßigem Dialog, um die Interessen des Industriestandortes Niedersachsen zu wahren. Für uns ist klar, dass die Sonderregelungen des EEG für energieintensive Unternehmen dringend beibehalten werden müssen – nicht für alle Unternehmen, aber doch für einige, wie z. B. die grundstoff erzeugende Industrie!

JUSTIZPOLITIK IN NIEDERSACHSEN

Stellenhebungskonzept im Bereich der R-Besoldung

Die niedersächsischen Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angemessen und leistungsgerecht besoldet. Das gemeinsam mit dem niedersächsischen Richterbund entwickelte und mit dem Haushalt 2014 umgesetzte Konzept sieht eine Hebung von insgesamt 255 Stellen vor.

Änderung des Gesetzes über das Niedersächsische Versorgungswerk der Rechtsanwälte

Das Gesetz hat seit 1982 im Wesentlichen keine Änderungen mehr erfahren und wurde jetzt modernisiert. Das Versorgungswerk wird danach durch das Gesetz verpflichtet, in seiner Satzung grundsätzlich eine einkommensbezogene Beitragsermittlung und einen Beitragssatz sowie eine Beitragsbemessungsgrenze

vorzusehen, die im Wesentlichen die Werte der allgemeinen Rentenversicherung berücksichtigt. Diese vom Versorgungswerk ausdrücklich begrüßte Neufassung stellt Rechtssicherheit her und schafft im Interesse seiner Mitglieder nunmehr eine gerichtsfeste Grundlage für die Beitragsbemessung.

Elektronischer Rechtsverkehr

2013 wurde der elektronische Rechtsverkehr auf die gesamte Verwaltungsgeschäftsbarkeit ausgeweitet. Der eröffnete freiwillige elektronische Zugang zu den Verwaltungsgerichten trägt dazu bei, Erfahrungen für die bundesweit einheitliche Einführung des verpflichtenden elektronischen Rechtsverkehrs zu sammeln.

MEDIEN

Die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben im Niedersächsischen Landtag die Stärkung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf den Weg gebracht. Wir wollen, dass von den Rundfunkanstalten selbstproduzierte Inhalte der Bevölkerung auf möglichst vielen Verbreitungswegen ohne Einschränkung auf Dauer zur Verfügung stehen. Öffentlich-rechtlichem Rundfunk soll im Internet ein größerer Spielraum eingeräumt werden.

Außerdem setzen sich die Fraktionen für die Weiterführung des von der nordmedia geführten Filmfestivals ein und sichern die Finanzierung dieses kulturell und wirtschaftlich wichtigen Bereichs.

UMWELT, ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

Atomare Endlagerung /Gorleben

Nach über 30 Jahren ausschließlicher Konzentration auf den Salzstock Gorleben einigten sich Bund und Länder am 9. April 2013 auf eine neue, bundesweite Suche nach einem Atommüllendlager. Das ist ein Riesenerfolg für die neue rot-grüne Landespolitik. Niedersachsen hat unter der Federführung von Ministerpräsident Stephan Weil gut verhandelt und die Blockade in den Verhandlungen aufgebrochen.

Energie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Die neue Landesregierung erweckte das Thema Energie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit aus einem zehnjährigen Dornröschenschlaf. Mit Unterstützung der Fraktionen wurden Instrumente wie der Wirtschaftsförderfonds unter einem Dach gebündelt.

Gemeinsam mit dem Koalitionspartner hat die SPD-Fraktion eine Klima- und Energieagentur auf den Weg gebracht. Mit dieser Agentur wird das Land zukünftig in der Lage sein, im Wettbewerb mit den anderen Ländern Gelder aus der EU für wichtige Aufgaben einzuwerben.

Küstenschutz

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) für Maßnahmen des Küstenschutzes hat Rot-Grün Mittel in Höhe von 61,6 Mio. Euro vorgesehen.

UNSERE NEUAUSRICHTUNG IN DER LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK, IM TIER- UND IM VERBRAUCHERSCHUTZ

Stärkung des Verbraucherschutzes

Zu Beginn der Wahlperiode wurde ein Unterausschuss Verbraucherschutz im Niedersächsischen Landtag eingerichtet, um den vielfältigen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher Rechnung zu tragen. Das beginnt beim Einstieg in das von Schwarz-gelb abgelehnte Schulobstprogramm ab dem Schuljahr 2014/2015 bis hin zu zahlreichen neuen Stellen beim LAVES. Bis zum Jahr 2016 sind ca. 180 neue Stellen beim LAVES veranschlagt, die über ein kluges Konzept durch Gebühren refinanziert werden. Hierzu fehlte der schwarz-gelben Regierung immer der Mut.

Verbesserung des Tierschutzes

Die Agrarinvestitionsförderung wird in der neuen EU-Förderperiode auf die Förderung besonders tiergerechter Stallbauten konzentriert. Die Umsetzung des Tierschutzplans und die Einrichtung einer Antibiotikadatenbank werden mit einem finanziellen Volumen von einer Millionen Euro pro Jahr fortgesetzt. Diese Ausrichtung ist die konsequente Antwort auf die Reaktion des zunehmenden Protests von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf Massentierhaltungsfabriken, in denen

Tierschutzstandards missachtet werden. Die strikte Fortführung des Tierschutzplans, mit dessen Hilfe den Antibiotika-Misständen kontinuierlich entgegengewirkt werden soll, ist ebenfalls ein deutliches Zeichen für eine neue Agrarpolitik.

Ökologische und gerechte Agrarpolitik

Die Agrarpolitik in Niedersachsen wird deutlich ökologischer und gerechter. Es kommen erheblich mehr Mittel nach Niedersachsen, als dies noch das ursprüngliche Konzept der alten schwarz-gelben Bundesregierung vorsah. Das ist ein weiterer Erfolg rot-grüner Politik in Niedersachsen.

- Sowohl bei den Direktzahlungen für Landwirte als auch bei der Zuweisung von Mitteln aus dem EU-Fördertopf ELER für Agrarumweltmaßnahmen, Tierschutz, Ökolandbau und Dorferneuerung steht Niedersachsen nun besser da als nach den bisherigen Plänen des Bundes. Für die gesamte Förderperiode von 2014 bis 2020 erhält Niedersachsen aus dem ELER-Topf mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das Bundesmodell hätte für Niedersachsen eine Kürzung um 86 Millionen Euro auf dann 889 Millionen Euro bedeutet, stattdessen werden es nun rund 230 Millionen Euro zusätzlich. Ursache für diese Berechnung ist ein zugunsten Niedersachsens geänderter ELER-Verteilungsschlüssel sowie die erreichte Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungen hin zu gezielten Fördermaßnahmen aus dem ELER-Topf.
- Flankierend zur Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien für den ökologischen Landbau in der neuen EU-Strukturförderperiode werden der Ausbau der praxisorientierten Forschung, die Projektförderung sowie die Beratung in der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft um 500.000 Euro angehoben.
- Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Angebot an regionalen Produkten wird die Förderung auf 300.000 EUR erhöht.
- Niedersachsen hat aufgrund hoher Nitrat- und Phosphateinträge aus der intensiven Landwirtschaft massive Probleme mit dem Grundwasser. Das so genannte Güllekataster ist eine erste Maßnahme, mit dem wir dieser Herausforderung entgegenwirken. Deswegen hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag erarbeitet, der ein wirksames Düngemanagement in Niedersachsen zum Ziel hat. Unser Anliegen ist es, in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landvolk, der Landwirtschaftskammer und den Wasserverbänden Lösungen zu erarbeiten, welche die eingetretene Belastung der Ressourcen stoppen. Dazu muss in einem ersten Schritt erreicht werden, dass eine ordnungsgemäße Düngung zukünftig auch kontrolliert werden kann.